

Was heißt Friedenserziehung in der spätbürgerlichen Gesellschaft?

Von Hans-Jochen Gamm

I.
Gustav Heinemann, bereits mehrfach in seiner politischen Laufbahn als Nonkonformist aufgefallen und daher vom reaktionären Flügel der CDU/CSU nicht selten verleumdet, hat bei seiner Antrittsrede als Bundespräsident 1969 die öffentliche Diskussion um ein neues, vermeintlich „heißes“ Thema bereichert. Nachdrücklich ist er dafür eingetreten, daß Friedensforschung in der Bundesrepublik betrieben und entsprechend großzügige Mittel für deren institutionellen Start bereitzustellen seien. Er sprach damit lediglich aus, daß Westdeutschland sich wie auf manchen anderen Gebieten, z. B. denen des Bildungswesens, der Gesundheitsvorsorge und der Hilfe für behinderte oder straffällige Menschen, so auch auf diesem wichtigen Felde vielen seiner westlichen Nachbarn gegenüber in einem kläglichen Rückstand befinde. Der Appell Heinemanns hat die zuständigen amtlichen Stellen und viele Anwärter auf Forschungsgelder erstaunlich rasch mobilisiert und heftige Rivalitäten unter ihnen ausgelöst. Vor wenigen Jahren in der Epoche des von Adenauer politisch für nützlich gehaltenen „Kalten Krieges“ war die Vokabel „Friede“ noch höchst anrühlich und stand auf der Liste kommunistisch-subversiver Begriffe. Friedensbereitschaft zu zeigen, galt sözusagen als Trick der „Zoffjets“, die „freie Welt“ zu unterminieren und bösen Absichten dienstbar zu machen. Handelt es sich nun um eine erfreuliche Korrektur falscher Voraussetzungen, hat man erkannt, daß die sozialistischen Länder den Frieden nicht nur vorschützen, sondern ihn wirklich wollen, weil sie ihn für den Aufbau des Sozialismus benötigen?

Will man bei der Analyse einer solchen Verhaltensänderung nicht an Außerlichkeiten haften oder einzelne bemerkenswerte Gestalten für die neue Konstellation verantwortlich machen — also weder idealistisch noch personalistisch verfahren — dann muß man die sozialen und ökonomischen Gesamtverhältnisse berücksichtigen und nach ihrer Rolle bei der Veränderung der Lage fragen. Ähnlich wie sich aus der bildungsökonomischen Diskussion der sechziger Jahre einwandfrei heraushören

läßt, daß es die Bedürfnisse der Industrie waren, die ein modernes und flexibles Schulsystem erzwangen, so ist der Diskussion um Friedensforschung und Friedenserziehung beim Wechsel zu den siebziger Jahren zu entnehmen, daß die Inhaber der faktischen Macht, das sind die Besitzer der Produktionsmittel, die Schlüsselfiguren aus Bank- und Finanzkapital, eingesehen haben, daß die fünfundzwanzigjährige revisionistische Deutschlandpolitik gescheitert ist, obwohl die an ihre Ideologien gebundenen politischen Mandatsträger das Konzept noch nicht gänzlich desillusionieren mögen. Der vielzitierte „Mann auf der Straße“ hat inzwischen erkannt, daß es eine „Wiedervereinigung“ nach westlichen kapitalistischen Vorstellungen niemals geben wird, daß die Resultate des von den Faschisten provozierten Zweiten Weltkrieges unwiderruflich sind. So müssen sich denn auch die Intellektuellen, unter ihnen vorrangig die Friedensforscher, mit den neuen Tatsachen abfinden; sie können aus ihnen sogar noch eine lukrative Wissenschaft machen, nicht minder neu und anspruchsvoll als der „Umweltschutz“.

„Die Bundesrepublik dient dem Frieden, wenn sie konsequent die Politik der Entspannung mit den sozialistischen Ländern weiter betreibt. Sie kann das um so besser, je stärker sie den Antimarkxismuskomplex in der deutschen Bevölkerung durch ihre Bildungsinstitutionen aufzulösen versucht.“

Man wird folglich zu fragen haben, ob das augenblickliche Interesse der Führungskräfte in den kapitalistischen Ländern an der Friedensforschung nicht mit massiven ökonomischen Erwartungen verquickt sei. Friede verspricht Marktexpansion, die besonders attraktiv ist, wenn sie die Blöcke übergreift, das heißt konkret: die sozialistischen Länder als Konsumenten gewinnt. Da Krieg ein schwer kontrollierbarer Faktor ist, seit er seine romantische Note verlor und keinen positiven Ausgang mehr gewährleistet, gefährdet er auch den Profit und sollte darum möglichst abgeschafft werden. Die Formel „Krieg ist keine Lösung mehr“ bietet treffliche Möglich-

Gesellschaft

keiten, den „heißen“ Krieg zu ächten, aber im und am „kalten“ Krieg seine Geschäfte prosperieren zu lassen. Die Rede Präsident Nixons vom 16. August 1971, die er im Zusammenhang mit den derzeitigen großen außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten der USA hielt, weist in diese Richtung. Er forderte, „eine neue Prosperität ohne Krieg zu schaffen“. Dieses Dokument (vgl. Frankfurter Rundschau v. 17. 8. 1971, S. 4) ist sehr aufschlußreich, weil daran der Zusammenhang einer zunächst ethisch anmutenden Perspektive mit ökonomischen Interessen und Herrschaftsverhältnissen deutlich wird. Solange also die Ursachen politischer und sozialer Konflikte die Verfahren der Ausbeutung, die Praktiken der Verdummung und die Konsequenzen der materiellen und moralischen Verelendung nicht radikal analysiert werden, solange läßt sich auch Friedenserziehung im Radius einer pädagogischen Verantwortung kaum ernsthaft begründen.

II.

Für eine Aktualisierung der Probleme von Friedenserziehung scheint es daher angezeigt, die eigene politische Situation zu untersuchen und zu fragen, ob es spezifische Möglichkeiten eines Beitrages zum Weltfrieden von seiten der Bundesrepublik gebe. Denn die für den nächsten Abschnitt vorgesehene didaktische Spezifikation scheint erst sinnvoll, wenn zuvor der Gesamtrahmen dargestellt wird, in welchem sich die pädagogischen Ansätze präzisieren.

Wir diskutieren neuerdings als Deutsche in der Bundesrepublik über die Möglichkeiten unseres Beitrages zum Weltfrieden, denn am 8. Mai 1945 endete die deutsche Geschichte als Reichsgeschichte. Die DDR fördert vom Anfang ihrer Existenz an diese Diskussion. Das hat in der Bundesrepublik zu dem Vorurteil geführt, „Friede“ sei wie gesagt eine kommunistisch subversive Vokabel. Die Möglichkeit, daß sich die Bundesrepublik durch einen Anschluß an die internationale Friedensforschung zunächst einmal objektiv mit globalen Konfliktproblemen überhaupt theoretisch und

Überarbeitete Fassung des Referates auf dem vom Schwelmer Kreis und der GEW-Hochschulgruppe am 23. Oktober 1971 in Bielefeld veranstalteten Kolloquium zu „Europäische Sicherheit und internationale Zusammenarbeit im Blickpunkt der politischen Bildung“.

praktisch beschäftigt, ist gutzuheißen. Es soll nun versucht werden, anhand von fünf aktuellen Perspektiven Möglichkeiten eines Beitrages der Bundesrepublik zum inneren und äußeren Frieden zu skizzieren.

1. Ein Land, das den Faschismus geduldet und durch dieses politische System von anderen Völkern wie vom eigenen Volk ungeheure Opfer gefordert und Verbrechen toleriert hat, muß, um dem Frieden zu dienen, den gegenwärtigen Faschismus deutlich und scharf charakterisieren. Das heißt für die Außenpolitik: die diplomatischen Beziehungen zu den Länder wie Spanien und Griechenland müssen so lange ruhen, bis dort menschenwürdige Umstände wiederhergestellt sind und die Foltermethoden aufgehört haben.

Für die Innenpolitik erwächst die Konsequenz, dem Neonazismus die stärkste Absage zu erteilen. Belastend für die politische Praxis der Bundesrepublik und deren internationale Glaubwürdigkeit ist es, daß einerseits die Kommunistische Partei seit 1956 verboten ist, andererseits aber faschistisch orientierte Blätter in Westdeutschland als Reaktion auf die Ostpolitik schreiben dürfen: Brandt, Verräter an Deutschland! Der Kampf gegen die faschistoiden Züge in der Bundesrepublik ist daher ein Kampf für den Frieden.

2. Die Bundesrepublik dient dem Frieden, wenn sie das Prinzip der Gleichberechtigung für ihre Innen- und Sozialpolitik entschieden zur Anwendung bringt. Am Modell der verweigeren Mitbestimmung der Arbeiter ist das zu präzisieren. Die Bundesrepublik ist eine spätkapitalistische Domäne von exemplarischer Unbeweglichkeit. Sie propagiert einerseits Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern und verhindert andererseits, daß der größte Teil unserer Bevölkerung, nämlich die Gruppe der Lohnabhängigen, zu einer adäquaten Mitverfügung über die Produktionsinstrumente gelangt. Diese Verhältnisse bedrohen den Frieden.

3. Die Bundesrepublik dient dem Frieden, wenn sie insbesondere die Emanzipation der Massen fördert. In der Bundesrepublik gibt es bekanntlich die private Verfügung über mächtige Manipulationsinstrumente, die gegen die realen Interessen des weitaus größten Teils unserer Bevölkerung gerichtet sind. Die Entschleierung der ökonomischen Herrschaftsverhältnisse, die Emanzipation des Menschen zu seinen humanen Möglichkeiten ist die am Frieden orientierte Aufgabe. Vernunft und Freiheit waren die großen Richtwerte der klassischen deutschen Philosophie um 1800. Sind Vernunft

und Freiheit in der mehr als zwanzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik gewachsen? Die politische Verdummung großer Bevölkerungsgruppen hat wohl eher zugenommen.

4. Die Bundesrepublik dient dem Frieden, wenn sie konsequent die Politik der Entspannung mit den sozialistischen Ländern weiterbetreibt. Sie kann das umso besser, je stärker sie den Antimarxismuskomplex in der deutschen Bevölkerung durch ihre Bildungsinstitutionen aufzulösen versucht. In der politischen Bildung der jungen Generation können die sozioökonomischen Kategorien von Karl Marx und Friedrich Engels zu Instrumenten werden, mit denen sich gesellschaftliche Antagonismen ermitteln lassen. Erst die scharfe Erkenntnis sozialer Widersprüche erlaubt auch die Frage nach den Möglichkeiten von Konfliktregulierungen. C. Fr. v. Weizsäcker's Rede beim Empfang des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1963 bleibt gültig. Weizsäcker sagte: (1) Der Friede ist notwendig, (2) der Friede erfordert große moralische Anstrengungen, (3) der Friede ist nicht das goldene Zeitalter.

5. Die Bundesrepublik dient dem Frieden, wenn sie auch gegenüber ihren derzeit stärksten Verbündeten zu einem kritischen Abstand gelangt. Kleine westeuropäische Nationen wie Dänemark, Schweden und die Niederlande haben sich eindeutig von der Kriegsführung der USA in Vietnam distanziert. Von der Bundesregierung ist derartiges nicht bekannt.

In dieser Unterlassung wäre auch ein Trauma unserer faschistischen Vergangenheit zu erkennen: Wegen eigener früherer Verbrechen werden jetzige Verbrechen toleriert. Der Schatten der Komplizenschaft mit den USA gegenüber Völkern der dritten Welt ist erst aufzulösen, wenn die politische Weisheit akzeptiert ist, daß das vornehmste Recht eines Freundes darin besteht, dem anderen die unbequemsten und härtesten Wahrheiten zuzumuten und ihn damit zu zwingen, sein Verhalten zu ändern. Die Rolle der politischen Musterschülerchaft dagegen ist friedensbedrohend.

Freilich muß dabei erwähnt werden, daß in solcher Betrachtung auch die Gefahr idealistischer Überhöhung droht. Politik ist immer Wirtschaftspolitik. Da nun aber amerikanisches und bundesrepublikanisches Kapital die denkbar engste Verflechtung vollzogen haben, kann es wohl Profitdifferenzen untereinander geben, aber kaum Unstimmigkeiten über sittliche Probleme. Die primäre Unsittlichkeit – die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen – gilt für beide Seiten gleichermaßen.

III.

Friedenserziehung in der spätbürgerlichen Gesellschaft ist nicht mit irgendeinem Enthusiasmus für den Pazifismus zu verwechseln. Je radikaler dieser den Verzicht auf jede Gewaltanwendung zum prinzipiellen Prüfstein moralischen Handelns erhebt, umso weniger wird er in der Lage sein, die politischen Verhältnisse in ihren Machtzusammenhängen anzuerkennen. Der Pazifismus sinkt deshalb zur individuellen ethischen Bewährungsprobe ab und praktiziert vielleicht die in der Bergpredigt geforderte Sittlichkeit: die andere Wange dem Angreifer auch noch anzubieten, wenn er die eine schlägt. Für das Subjekt können freilich solche Erfahrungen von religiös stimulierender Wirkung sein, wenn es durch seine Leidensbereitschaft oder seine masochistische Struktur dem Aggressor das Triumphzerlebnis verbaut. Aber die Inhumanität der gesellschaftlichen Bedingungen wird dadurch überhaupt nicht angetastet, sondern eher verfestigt. Unterdrücker und Unterdrückte sind weiterhin konfrontiert und bleiben es, da ohne die Machtfrage auch die Frage nach den humanen Möglichkeiten des Menschen nicht gelöst werden kann.

Die Erkenntnis von den Modalitäten der Gewalt und von ihrer Usurpation durch eine kleine Minderheit im Kapitalismus gehört daher zum Grundbestand einer Friedenserziehung. Zu ihr gehört aber auch, daß Gewalt in ihrer Disponibilität in politischen Zusammenhängen verständlich gemacht und der politischen Gesamtanalyse einbezogen wird. Die Bereitschaft, die Gewalt möglichst an der Basis anzusiedeln, da „alle Gewalt vom Volke“ ausgeht, muß erzieherisch aufgebaut werden, denn freilich geht alle Gewalt vom Volke aus, „aber wo geht sie hin“, fragt Bertolt Brecht. Diese Schlüsselfrage ist durchaus pädagogisch zu verstehen und die Antwort in didaktischen Prozessen zu erarbeiten. Wächst die Erkenntnis, daß das Volk sehr weit entfernt von der Ausübung seiner Macht ist und von der tatsächlichen Kontrolle seiner Mandatsträger kaum weniger, dann ist die vornehmste Aufgabe einer Friedenserziehung, die Macht als zurückholbar kenntlich zu machen, das heißt: unser soziales System im Raster konkreter Demokratie zu betrachten. Es dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen, daß der Friede immer dann gefährdet ist, wenn die kleine Gruppe der Mächtigen ihre Partialinteressen zu Interessen der Gesamtheit erklärt und deren Aggressionen auf fremde Ziele orientiert und kriegerische Greuel mit militärischen Tapferkeitsmedaillen hono-

riert. Die deutsche Geschichte bietet für diese These überzeugende Belege. Friedenserziehung hätte sich unter dieser politischen Gesamtvorgabe an folgenden didaktischen Erwägungen zu orientieren:

1. Friedenserziehung hat es zunächst mit der Schulung einer scharfen Beobachtung des sozialen Verhaltens zu tun, mit der Einsicht in Aktionen und Reaktionen in Druck und Gegen- druck, mit der Kennzeichnung von In- teressen und deren Verschleierung, mit gesellschaftlichen Vorgängen überhaupt. Daran wird bereits deut- lich, daß Friedenserziehung nicht ih- ren Schwerpunkt auf die Erweiterung der individuellen Toleranzspanne le- gen sollte, um „Frieden“ sozusagen subjektiv regulierbar zu machen.

2. Die Kategorie „Friede“ ist nicht am Phänomen „Krieg“ zu entwickeln, son- dern an den sozioökonomischen Ver- hältnissen. Dadurch gewinnt „Friede“ eine größere kategoriale Trennschär- fe und kann fortan nicht mehr nur ge- nerell als „Abwesenheit von Krieg“ oder organisierter Gewaltanwendung bestimmt werden. Friede ist entspre- chend als sozialer Dynamismus zu be- greifen und folglich zu entindividuali- sieren. Der einzelne muß erst von den Implikaten christlich-europäischer Be- wußtseinsgeschichte entlastet werden, nach denen es ihm möglich sein soll, „seinen“ Frieden mit Gott und dem Nächsten zu machen und sich dadurch aus dem „Streit der Welt“ herauszu- halten. Die „Weisheit“, die solcher Ansicht zugrunde liegt, ist in hohem Maße unsozial, weil sie letztlich auf ein dichotomisches Daseinsmodell zu- rückgeht.

3. Friede ist in eine Relation zur „Ge- rechtigkeit“ zu bringen und den sozia- len Grundbegriffen „Bedürfnis“ und „Interesse“ zu korrelieren. Damit ver- liert er seinen freischwebenden Cha- rakter und die utopischen Merkmale, die lediglich melancholische Betrach- tungen über die „wahre Natur“ des Menschen oder die Wirrsale seiner Geschichte zulassen. „Natur“ existiert unter anthropologischer Perspektive gar nicht, sondern ihr geht stets eine gesellschaftliche Vermittlung voraus. Friedenserziehung versucht daher, die Lernenden zu befähigen, Geschichte als Abfolge sozialer Bewegungen zu verstehen, in denen fundamentale Herrschaftswidersprüche zu Spannun- gen und Kämpfen geführt haben und weiterhin führen.

4. Konkret bedeutet Friedenserzie- hung, die Unversöhnlichkeit sozialer Antinomien deutlich zu ma- chen und daher die Verweigerung eines bloß harmonistisch getönten Friedensdenkens. Die bereits er- wähnte emotionale Vorstrukturierung

in einer noch immer durch christliche Ideologie beeinflussten Friedenshoff- nung nötigt zu spezifischer Wachsam- keit, um den notwendigen Grad von Härte und Unversöhnlichkeit aufrecht- zuerhalten. Friedenserziehung schließt die Anweisung zur Resistenz und die strikte Verweigerung zur Teilnahme an bloßen Friedensritualen ein. Zu der objektiven Unmöglichkeit, gesell- schaftliche Widersprüche durch schlichten ethischen Konsensus, etwa durch Partnerschaftsideologie verbal auszugleichen, muß erzieherisch das subjektive Komplement aufgebaut werden. Es wirkt als Stärkung der Identität, mit deren Hilfe kollektiver Widerstand in solidarischer Aktion ein- zuleiten ist. Dadurch wird der Sog unklarer Gemeinschaftsgefühle und die Indienstnahme für solche Inter- essen zu vermeiden sein, die den tat- sächlichen Bedürfnissen des überwie- genden Teils der Bevölkerung nicht entsprechen. Die Erkenntnis der Ma- nipulationszusammenhänge bietet die Grundstufe aller Friedenserziehung.

5. Die tatsächlichen Gesellschaftsbe- dingungen, insbesondere die Huma- nität der Arbeitsverhältnisse sind hart- näckig und beständig zu überprüfen. Friedenserziehung wäre demnach auch die Befähigung, die Unmensch- lichkeit kapitalistischer Produktionsbe- dingungen als solche zu erkennen und deren politische Determinanten wahr- zunehmen. Wenn es die Arbeit ist, die den Menschen in einem qualitati- ven Sprung vom Tierreich abhob, dann muß die Arbeit in ihrer sozialen Re- lation zum Schlüssel für politisch be- wußtes Handeln werden.

6. Friedenserziehung versucht, den Angehörigen bestimmter Klassen die Bedingungen ihrer Klassenlage be- wußt zu machen. Das gilt besonders für die Arbeiterklasse, die bisher die bewaffneten Konflikte in fremdem In- teresse auszutragen hatte und dabei mit bestimmten nationalen und ande- ren Ideologien geködert wurde. Im Kriege töteten einander Menschen, die sich nicht kannten, auf Befehl von solchen, die sich kannten, aber ein- ander nicht töteten, weil sie durch ihre internationalen Verflechtungen tabu- iert waren. Brechts „Fragen eines le- sendes Arbeiters“, wer den Sieges- schmaus koche und die Spesen be- zahle, erweitert sich zur Frage nach den Ursachen einer permanenten Friedlosigkeit.

7. Wenn diese Frage beharrlich gestellt wird, dann erst zeigt sich, daß eine naive Friedenserziehung, die den ein- zelnen befähigen möchte, sich selbst zu mäßigen, die „Idee“ höherzustellen als sich selbst, nicht nur in die Irre geht, sondern die Ohnmacht der Mas- sen nur noch vertieft. Eine solche ver-

meintliche Friedenserziehung duldet nicht nur militärische Kampfhandlun- gen, sondern auch den dauernden so- zialen Krieg der Klassen. Sie begün- stigt gesellschaftliche Unmündigkeit und Ausbeutung und damit die Ent- fremdung des Menschen von sich selbst und von seinem Werk.

8. Die in den bisherigen Gesellschaf- tsverhältnissen zu beobachtenden ag- gressiven Akte können nicht durch eine Art psychischer Amputation ver- hindert oder durch psychagogische Praktiken dauernd unter Kontrolle ge- halten werden. Menschliche Aggressi- vität bedarf einer Analyse auf dem Hintergrund, vor dem sie zu beobach- ten ist. Mittels der Methode des histo- rischen und dialektischen Materialis- mus wird gesellschaftliche Stimulation zu Brutalitäten ebenso offenkundig wie die psychische Stumpfheit ange- sichts der demoralisierenden Bedin- gungen der Produktionsverhältnisse. Aggressivität beseitigen zu wollen, käme nicht nur einem Kurieren am Symptom gleich, sondern würde auch über die wahren Ursachen der Selbst- entfremdung hinwegtäuschen. Viel- mehr hängt alles an der Frage, wie es dazu kommt, daß der Mensch nicht das Grundbedürfnis entwickelt, dem Mitmenschen ein Helfer zu sein, son- dern ihm Leid zuzufügen.

Weil jedoch die Versuchung naheliegt, mittels der sich technisch ständig er- weiternden manipulativen Möglichkei- ten von den Konfliktursachen abzulen- ken, muß Friedenserziehung konse- quente Analyse gesellschaftlicher Kon- flikte und ihrer wahren Ursachen zur Aufgabe machen. Der Zorn über die entwürdigenden Produktionsverhält- nisse ist nicht nur gerechtfertigt, er wird in einer sich selbst politisch be- gründenden Friedenserziehung zur mächtigen positiven emotionalen Triebkraft, die der gesellschaftlich verantwortungsbewußte Erzieher auf das Ziel der Demokratisierung lenken muß.

10. Demokratische Erziehung, die die Herrschaft des Volkes radikal voraus- setzt und Friedenserziehung als an- nähernd synonyme Begriffe, bieten den Rahmen einer progressiven Pädago- gik. Er ist für die pädagogische Situa- tion im einzelnen konkret auszufül- len. Als Regulative kann lediglich gel- ten, daß die Herstellung der fakti- schen Demokratie auch erst den so- zialen Frieden ermöglicht. Folglich wäre Friedenserziehung als Kampf um die Demokratie und die internationale Solidarität aller arbeitenden Menschen zu bestimmen. Um diesen Kampf aber führen zu kön- nen, müssen die pädagogischen Pro- zesse so auf den einzelnen und die Massen abgestimmt sein, daß poli-

tische Freundschaft und Feindschaft bestimmbar Größen werden. Die Kräfte der Freundschaft und Solidarität zu stärken, die Fähigkeit, Feindschaft auch in Graden der Unerbittlichkeit auszutragen, wenn die Demokratie als Selbstbestimmung der Massen verhindert wird, ist die Aufgabe einer progressiven Friedenserziehung.

Gedanken über die Aufgabe der Schule bei der Schaffung europäischer Sicherheit

Von Erich Roßmann

Die Verträge von Moskau und Warschau sind bedeutsame Schritte auf dem Wege zur Entspannung in Europa. Sie bestätigen die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa und enthalten die Bestimmung, alle Streitfragen friedlich zu lösen und sich der Anwendung von Gewalt zu enthalten. Sie ermöglichen einen neuen Anfang in den Beziehungen der Völker Europas. Während über die Aussöhnung und den Frieden mit den östlichen Nachbarvölkern viel diskutiert wird, lebt in unseren Lehranweisungen und Schulbüchern Ignoranz, Verachtung und militanter Antikommunismus gegenüber diesen Völkern fort. In unseren Schulen sind junge Menschen noch immer den Einflüssen nach rechts tendierender Demagogen ausgesetzt. Als besonders verhängnisvoll erweisen sich dabei die Empfehlungen der Kultusminister für den Ostkundeunterricht sowie deren Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht.

Gleichzeitig wird ein größerer Einfluß der Bundeswehr an Schulen und Hochschulen angestrebt. Die Schulen sollen für die psychologische Rüstung der Schüler mobilisiert werden.

Das alles steht in einem ebenso krassen wie seltsamen Gegensatz zu der jetzt möglichen Entspannung in Europa sowie zu den Absichten und Inhalten der Verträge.

Die Sicherung des Friedens in Europa ist nicht nur eine Frage der Außenpolitik, sie ist besonders auch eine pädagogische Aufgabe.

So notwendig die baldige Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau ist, so wichtig ist die parallele Entwicklung eines neuen Bewußtseins. Der politische Irrationalismus – gekennzeichnet durch fehlende Sachkenntnis, durch Unvermögen, gesellschaftliche Zusammenhänge zu erken-

nen und kritisch zu analysieren – muß überwunden werden. Er ist auf emotional aufgeladene Schlagwörter, auf ein militantes Verhalten erzeugendes „Feindbild“ gegründet. Politischer Irrationalismus begünstigt Faschismus und Krieg.

Die gesellschaftlichen Funktionen des Feindbildes und des Antikommunismus als Angsterwecker und als Rechtfertigung für Rüstungsgeschäfte sind zu enthüllen.

Ursachen, Schrecken und Auswirkungen von Kriegen sind begreiflich zu machen. Es muß kritisch untersucht werden, wem Kriege nützen und wem sie schaden.

Es ist aufzuzeigen, wie Menschen zu Gewalt und Kriegsbereitschaft erzogen werden.

Die verschiedenen Funktionen der Rüstung sind zu erörtern. Die ungeahnten Möglichkeiten, die sich aus der Zusammenarbeit der europäischen Völker und der Abrüstung für eine bessere menschliche Entfaltung ergeben, sind bewußt zu machen.

Der Jugend kommt – auch das ist zu diskutieren – bei der Bewältigung sozialer und zivilisatorischer Aufgaben im Zeichen des Friedens eine bedeutende Aufgabe zu.

Zunächst jedoch wird es darauf ankommen, den kalten Krieg aus den Schulen zu verbannen. Ostkundeempfehlungen und Totalitarismuserlaß sind schnellstens ersatzlos abzuschaffen. Das Zulassungs- und Prüfungsverfahren für Schulbücher und anderes Lehrmaterial ist zu revidieren, die Transparenz des Verfahrens sowie die Mitbestimmung der Lehrer, Schüler und Eltern und der Gewerkschaften ist zu sichern.

In allen Schulen sind die Landkarten, auf denen die europäischen Grenzen noch immer falsch eingezeichnet sind, unverzüglich zu entfernen. Sie stehen im Widerspruch zu den Ostverträgen und dem Friedensgebot des Grundgesetzes. Die im Bildungsbereich Tätigen sollten sich durch geeignete Aktionen für diese Ziele und damit für ein solides Fundament der europäischen Sicherheit einsetzen.

Literatur in Auswahl:

- 1 Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (Hg.): Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung. Bd. 1/1971: Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik. Düsseldorf 1971.
- 2 Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Probleme der Friedenserziehung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Heft 90). Bonn 1970.
- 3 Eckardt, William u. Lentz, Theo F.: Peace Research Reviews. Factors of War/Peace. Vol. I, No. 5, Newcombe 1967.
- 4 Gabler, Klaus u. Winkhaus, Gerhard: Unterrichtsmodelle zur Friedenserziehung. Thema: Südamerika (Heft 4 der Arbeitshefte...). München 1971.
- 5 Gamm, Hans-Jochen: Aggression und Friedensfähigkeit in Deutschland. München 1968.
- 6 Krippendorff, Ekkehart: Friedensforschung. Köln/Berlin 1968.
- 7 Lobner, M. R.: Zur Grundlegung der Friedenserziehung (Heft 2 der Arbeitshefte der Studiengesellschaft für Friedensforschung e. V.). München 1971.
- 8 Mitscherlich, Alexander: Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität. Vier Versuche. Frankfurt 1969.
- 9 Nerlich, Uwe (Hg.): Krieg und Frieden im industriellen Zeitalter (Beiträge der Sozialwissenschaft I). Gütersloh 1966.
- 10 Noack, Paul: Friedensforschung – ein Signal der Hoffnung? Freudenstadt 1970.
- 11 Rest, H. O. Franco (Hg.): Waffenlos zwischen den Fronten. Die Friedenserziehung auf dem Weg zur Verwirklichung. Graz/Wien/Köln 1971 (Lit.).
- 12 Senghaas, Dieter: Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit. Frankfurt 1969.

Schulferien 1972 (jeweils 1. und letzter Ferientag)

	Ostern 1972	Pfingsten 1972	Sommer 1972	Herbst 1972	Weihnachten 1972/73
Baden-Württemberg	25. 3.–10. 4.	20. 5.–24. 5.	27. 7.–12. 9.	–	23. 12.–10. 1.
Bayern	25. 3.–10. 4.	20. 5.–29. 5.	3. 8.–18. 9.	–	21. 12.– 8. 1.
Bremen	27. 3.–11. 4.	23. 5.–27. 5.	20. 7.– 2. 9.	23. 10.–30. 10.	23. 12.– 9. 1.
Hamburg	13. 3.– 4. 4.	23. 5.–29. 5.	17. 7.–26. 8.	16. 10.–21. 10.	22. 12.– 2. 1.
Hessen	20. 3.– 8. 4.	20. 5.–23. 5.	13. 7.–26. 8.	–	21. 12.– 9. 1.
Niedersachsen	16. 3.– 5. 4.	20. 5.–27. 5.	20. 7.–30. 8.	28. 10.– 4. 11.	23. 12.– 9. 1.
Nordrhein-Westfalen	20. 3.– 8. 4.	20. 5.–23. 5.	22. 6.– 5. 8.	9. 10.–14. 10.	22. 12.– 9. 1.
Rheinland-Pfalz	18. 3.– 8. 4.	20. 5.–23. 5.	6. 7.–16. 8.	27. 10.– 2. 11.	23. 12.– 8. 1.
Saarland	27. 3.–15. 4.	20. 5.–23. 5.	6. 7.–19. 8.	30. 10.– 4. 11.	23. 12.–10. 1.
Schleswig-Holstein	22. 3.–10. 4.	20. 5.–24. 5.	13. 7.–26. 8.	16. 10.–24. 10.	22. 12.– 6. 1.
West-Berlin	20. 3.– 8. 4.	19. 5.–23. 5.	6. 7.–19. 8.	23. 10.– 1. 11.	23. 12.– 6. 1.